

Weinert, Günter

Article — Digitized Version

Inflation - Theorien und Therapien

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Weinert, Günter (1974) : Inflation - Theorien und Therapien, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 54, Iss. 6, pp. 323-328

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134698>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Inflation – Theorien und Therapien

Günter Weinert, Hamburg

K

Der folgende Überblick über die Inflation beschränkt sich auf die Darstellung der theoretischen Ansätze zur Erklärung des Phänomens sowie der wichtigsten therapeutischen Konsequenzen, die hieraus gegenwärtig gezogen werden. Andere Problembereiche, wie das Verhältnis der Entwicklung des Preisniveaus zu den übrigen wirtschaftspolitischen Leitgrößen des „magischen Vierecks“, also zum Beschäftigungsgrad, zum wirtschaftlichen Wachstum und zum außenwirtschaftlichen Gleichgewicht, sollen hier nicht behandelt werden. Dasselbe gilt für die überwiegend statistischen Fragen, die sich im Zusammenhang mit der Messung des Preisauftriebs ergeben.

Trichotomie der Inflationserklärung

Obwohl die Inflation kein neues Phänomen ist, blieb ihre Definition, nicht zuletzt infolge von Veränderungen in der Erklärung, stets umstritten. Eine heute weitgehend akzeptierte Definition ist die an Arbeiten von B. Hansen, A. P. Lerner und R. Turvey angelehnte Umschreibung der Inflation als „Kette von Zuständen (Prozeß), in denen ein Nachfrageüberhang (Inflationlücke) existiert in dem Sinne, daß

□] die zu gegebenen (oder erwarteten) Preisen geplante kaufkräftige Nachfrage nach Konsum- und/oder Investitions-Gütern größer ist als das durch die gegebenen Produktionsmöglichkeiten begrenzte Angebot (bewertet zu Kostenpreisen: Durchschnittskosten plus normale Gewinnspanne plus indirekte Steuern) also eine „Güterlücke“ besteht,

□] die zu gegebenen (oder erwarteten) Preisen geplante kaufkräftige Nachfrage nach Arbeitskräften und Rohstoffen ein nicht entsprechend ausdehnungsfähiges Angebot übertrifft, also eine „Faktorenlücke“ existiert,

□ die Summe der Realeinkommen, die bei gegebenen (oder erwarteten) Preisen über die wirksam geforderten Nominaleinkommen angestrebt werden, größer ist als das bei den gegebenen Produktionsmöglichkeiten erzielbare reale Volkseinkommen, also eine „Realeinkommenslücke“ vorhanden ist“¹⁾.

Diese Definition der Inflation ist umfassender als die pragmatische Orientierung an der Entwicklung des Preisniveaus. Ein Nachfrageüberhang kann nämlich auch bei stabilem Preisniveau bestehen. Dies gilt für den Fall der gestauten Inflation, wo der Nachfrageüberhang sich aufgrund eines Preisstopps nicht in Veränderungen des Preisniveaus niederschlagen kann. Beim Typ der relativen Inflation wiederum bleibt das Preisniveau konstant, obwohl es infolge von Kostensenkungen je Produkteinheit zurückgehen müßte.

Außer dem Merkmal der Sichtbarkeit bieten sich verschiedene weitere Kriterien für eine Typologie des Inflationsphänomens an. So erfolgt eine Unterscheidung nach der Dauer der inflationären Entwicklung (z. B. saisonale und säkulare Inflation), nach dem Tempo der Preissteigerungen (z. B. schleichende, trabende oder galoppierende Inflation) oder nach dem Entstehungsort (hausgemachte oder importierte Inflation).

In diesem Überblick soll die offene schleichende bzw. trabende Inflation, die für die Entwicklung in

¹⁾ H. Giersch: Inflation, in: HdSW, Bd. 5, Stuttgart/Tübingen/Göttingen 1956, S. 282.

Dr. Günter Weinert, 32, ist Referent in der Abteilung Konjunktur und Statistik des HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung-Hamburg. Er beschäftigt sich vorwiegend mit der Analyse der internationalen Konjunktursituation.

den westlichen Industrieländern kennzeichnend ist, nach dem Kriterium der Inflationsursachen dargestellt werden. Daraus ergibt sich zugleich die Notwendigkeit, die auf der Grundlage anderer Kriterien gewonnenen Inflationstypen hier unter verschiedenen Gliederungspunkten aufzugreifen. So ist beispielsweise der Typ der importierten Inflation, der den Herd der Preissteigerungen in lokaler Hinsicht beschreibt, bei den einzelnen inflationstheoretischen Ansätzen zu betrachten, weil die Ursachen eines Preisauftriebs, der aus den wirtschaftlichen Beziehungen zum Ausland resultiert, unterschiedlich sein können.

Die kaum überschaubare Vielzahl von Theorien, die den inflationären Prozeß erklären, lassen sich auf drei grundlegende Ansätze reduzieren. Ursächlich für die Steigerung des Preisniveaus ist in

- post-keynesianischer Sicht die Entwicklung der Nachfrage,
- monetaristischer Sicht die Entwicklung der Geldmenge,
- anbietertheoretischer Sicht die Ausnutzung ökonomischer Machtstellungen.

Die Mehrzahl der zum Teil sehr speziellen inflationstheoretischen Erklärungen läßt sich einem einzigen dieser Ansätze zuordnen. Nur wenige stellen eine Synthese her, wie beispielsweise der Typ der "demand-shift Inflation"²⁾, der Elemente des post-keynesianischen und des anbietertheoretischen Ansatzes enthält.

Konzept der Überschufnachfrage

Der Dominanz der Keyneschen Lehre in der Theorie und besonders in der Politik entsprechend, stand das Konzept der Überschufnachfrage lange Zeit im Vordergrund der inflationstheoretischen Überlegungen. Preissteigerungen, so die Vorstellung, treten dann auf, wenn eine Erhöhung der nominalen Nachfrage auf ein Angebot trifft, das infolge vollbeschäftigter Ressourcen nicht in gleichem Maße ausgedehnt werden kann. Die Konkurrenz der Nachfrager, die eine Steigerung ihrer Ausgaben für den Erwerb von Gütern geplant haben, um das verfügbare Angebot führt so lange zu Preiserhöhungen, bis das nominale Angebot der nominalen Nachfrage entspricht.

Die Überschufnachfrage kann bei einzelnen, mehreren oder auch allen Komponenten der Nachfrage auftreten. Ist sie nur einer Komponente zuzurechnen, so erfolgt entsprechend auch eine Kennzeichnung als haushalts-, unternehmens-, staats- oder auslandsinduzierte Inflation.

²⁾ Entwickelt von Ch. L. Schultze. Vgl. seinen Aufsatz: Creeping Inflation — Causes and Consequences, in: Business Horizons, Bloomington 1960, S. 65—77.

Die Nachfrage der privaten Haushalte wird im allgemeinen, d. h. abgesehen vom Fall einer raschen Verminderung der Sparneigung, kaum als alleinige Ursache einer inflationären Entwicklung angesehen. Unterliegen die Konsumenten der Geldillusion, wirkt ihr Ausgabeverhalten sogar dämpfend auf den Preisauftrieb. Geht die Expansion des privaten Verbrauchs auf eine entsprechende Steigerung der Einkommen (Faktorentgelte) zurück, so wird die Ursache der Preissteigerungen meist auf der Anbieterseite gesehen.

Viel größere Relevanz als dem privaten Konsum wird nach dem post-keynesianischen Ansatz den übrigen Komponenten der Nachfrage beigemessen. Der Grund hierfür sind vor allem die autonomen Veränderungen, denen diese Größen häufig unterliegen. Von diesen Komponenten gehen dann preissteigernde Effekte aus, wenn die geplante Ersparnis der privaten Haushalte bei Vollbeschäftigung kleiner ist als die Summe aus geplanten Investitionen, dem Budget- und dem Handelsbilanzsaldo.

Ein Exportüberschuß führt demnach bei einem ausgeglichenen Budget und Gleichgewicht zwischen Sparen und Investitionen zu einem Inflationsimport. Wenn die Ursache für die Salden im Außenhandel (der Aktivsaldo eines Landes entspricht dem aggregierten Fehlbetrag aller übrigen Länder) in einer unterschiedlichen Preisentwicklung bei den Handelspartnern gesehen wird, stellt sich ein Ausgleich der Handelsbilanzen erst nach einem Abbau der Preisdisparitäten ein. Geschieht dies nicht durch eine Wechselkursänderung, so ergibt sich im Land mit dem Exportüberschuß eine Anpassungsinflation.

Analog gehen von einem Budgetdefizit inflationäre Impulse dann aus, wenn der Wert des Leistungsaustausches mit dem Ausland ausgeglichen ist und Gleichgewicht zwischen Ersparnis und Investition herrscht. In der Tat waren sämtliche großen Inflationen mit hohen staatlichen Ausgabenüberschüssen verbunden. Doch auch ein ausgeglichenes Budget ist bei steigendem Etatvolumen im Falle der Vollbeschäftigung in bezug auf das Preisniveau nicht grundsätzlich neutral. Als zusätzliche Bedingung muß erfüllt sein, daß die Entzugseffekte der etwa steuerlich erzielten Mehreinnahmen bei den privaten Haushalten zu einer Minderung der Konsumausgaben in Höhe der zusätzlichen staatlichen Ausgaben führen.

Fiskalpolitik vs. Geldpolitik

Nach dem Kriege war die Stabilitätspolitik in den westlichen Industrieländern eindeutig post-keynesianisch ausgerichtet. Beredetes Zeugnis hiervon legt in der BR Deutschland das „Gesetz zur För-

derung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft" aus dem Jahre 1967 ab. Das Schwergewicht der Globalsteuerung, die das Entstehen einer inflatorischen Lücke, also einen Anstieg der monetären Nachfrage bei Vollbeschäftigung über das monetäre Angebot hinaus verhindern soll, liegt bei der Fiskalpolitik. Dabei kann der Staat direkt über eine Variation seiner Ausgaben und/oder mittelbar durch den Einsatz seiner einkommenpolitischen Instrumente die gesamtwirtschaftliche Nachfrage stabilitätskonform gestalten.

So einfach dieses Stabilitätskonzept theoretisch auch ist – in der Praxis stellen sich seiner Anwendung, wie die Erfahrung gezeigt hat, eine Fülle von Schwierigkeiten entgegen. Sie reichen von diagnostischen Problemen bis hin zu den Schwierigkeiten einer zielgerechten zeitlichen Ausgestaltung und Dosierung der Maßnahmen. Der Einsatz adäquater Instrumente war zudem häufig insbesondere aus politischen Gründen unzureichend oder gar nicht möglich.

Die Notenbanken spielten in der Stabilitätspolitik lange Zeit faktisch aus insbesondere zwei Gründen eine untergeordnete Rolle. Einerseits vermögen Variationen der Zinssätze, die häufig als die strategische Variable der geldpolitischen Instanzen angesehen wurden, die gesamtwirtschaftliche Nachfrage nur wenig zu beeinflussen. Andererseits scheiterten die Bemühungen etwa der Deutschen Bundesbank, die für eine Ausweitung der monetären Nachfrage notwendigen Finanzierungsmöglichkeiten zu begrenzen, vielfach an gegenläufigen Liquiditätseinflüssen aus dem Ausland.

An die Existenz ausreichender Finanzierungsmöglichkeiten als notwendige Bedingung für inflatorische Prozesse knüpft das Konzept des Liquiditätssaldos an. Hierauf gründen der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung³⁾, aber wohl auch die Gemeinschaftsdiagnosen der deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute ihre Überlegungen zu einer Geldpolitik, die der Stabilität bzw. Stabilisierung des Preisniveaus gerecht wird.

Der zentrale Ausgangspunkt für dieses Konzept ist die Zahlungsmittelfunktion des Geldes. Die Wirtschaftssubjekte haben in jeder Periode eine Reihe von Zahlungen zu leisten, die mit dem Medium „Geld“ bestritten werden. Die Zentralbank vermag das Zahlungsvolumen, das die Wirtschaftssubjekte mit Hilfe der bereits vorhandenen Geldmenge, der Umwandlung von Geldkapital oder durch die Aufnahme von Krediten bei den Banken bewältigen, im wesentlichen nur über die Komponente Kreditaufnahmen bei den Banken zu beeinflussen; die zuerst genannten Komponenten unterliegen den

geldpolitisch nur wenig beeinflussbaren Dispositionen der Wirtschaftssubjekte. Die Kreditgewährung der Banken aber läßt sich nach diesem Konzept über die Steuerung ihres Liquiditätssaldos, der Differenz zwischen den Einlagen der Nichtbanken im Bankensystem und dessen Krediten an Nichtbanken, beeinflussen. Insgesamt soll die Liquiditätsversorgung des Bankensystems an der Entwicklung des Produktionspotentials orientiert sein. Dabei sind jedoch strukturelle Verschiebungen wie eine Änderung des Verhältnisses des Zahlungsvolumens zum Volkseinkommen und/oder zur Kreditgewährung zu berücksichtigen⁴⁾.

Monetaristische Erklärung

Das post-keynesianische Konzept der Überschufnachfrage ist seit einiger Zeit einer zunehmenden Kritik durch die Monetaristen ausgesetzt. Ihrer Meinung nach ist eine zu rasche Ausweitung der Geldmenge nicht nur eine notwendige Voraussetzung, sondern die Ursache inflatorischer Prozesse. Diese Konsequenz ziehen die Vertreter der „Chicago-Schule“, der Keimzelle der monetaristischen Position, an deren Spitze M. Friedman steht, aus ihren empirischen Ermittlungen. Diese Untersuchungen ergaben für verschiedene Volkswirtschaften und für verschiedene Zeiträume eine hohe Korrelation zwischen der Entwicklung der Geldmenge und des Preisniveaus.

Aus diesen Korrelationsanalysen kann jedoch nicht geschlossen werden, ob eine Kausalität zwischen den beiden Größen besteht und welcher Art diese ist. Dennoch rechtfertigt nach Friedman schon die Fülle des empirischen Materials die Meinung, daß nachhaltige Veränderungen der Geldmenge bereits eine nicht nur notwendige, sondern auch hinreichende Bedingung für Verschiebungen des Preisniveaus sind.

Diese Hypothese wird auch theoretisch, nämlich durch die „Theorie der relativen Preise“, untermauert⁵⁾. Diese Theorie kann als eine Erweiterung der transaktionstheoretischen Version der Quantitätstheorie von I. Fisher aufgefaßt werden. In der Verkehrsgleichung, die die Identität des Produkts aus Geldmenge und Umlaufgeschwindigkeit des Geldes mit dem Produkt aus Handelsvolumen und Preisniveau beschreibt, ist die Geldmenge eine exogene Größe. Da die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes relativ stabil und von den übrigen in der Verkehrsgleichung enthaltenen Größen unabhängig ist, muß eine Ausweitung der Geldmenge bei Vollbeschäftigung, die Fisher generell unterstellte, zu einer Erhöhung des Preisniveaus führen.

⁴⁾ Vgl. C. Köhler: Geldwirtschaft, Bd. 1, Berlin 1970.

⁵⁾ Vgl. M. Friedman: Die Quantitätstheorie des Geldes: eine Neuformulierung, in: Die optimale Geldmenge und andere Essays, München 1970, S. 77–99; K. Brunner: Eine Neuformulierung der Quantitätstheorie des Geldes, in: Kredit und Kapital, 3 Jg. (1970), S. 1–29.

³⁾ Vgl. Jahrgutachten 1970, Zl. 359.

Neuformulierte Quantitätstheorie

Dem Einwand, daß Geld nicht nur für güterliche, sondern etwa auch für finanzielle Transaktionen Verwendung findet, mithin der von Fisher behauptete Zusammenhang zumindest nicht zwingend sei, wird in der Neuformulierung der Quantitätstheorie Rechnung getragen. Der vermögens- oder kapitaltheoretische Ansatz der modernen Quantitätstheorie geht von der Annahme aus, daß die Wirtschaftssubjekte ihr Vermögen optimal auf verschiedene Arten von Aktiva aufteilen. Dabei wird der Vermögensbegriff sehr weit gefaßt.

So unterscheidet Friedman in seiner Analyse die folgenden fünf Vermögensarten: Geld, festverzinsliche Wertpapiere, Aktien, Güter und Arbeitsvermögen. Die Struktur des Gesamtvermögensbestandes ist abhängig von der spezifischen Ertragsrate, die jeder dieser Vermögensarten zuzuordnen ist. Für das menschliche Kapital (= Arbeitsvermögen) ist allerdings auf eine Hilfsgröße, die Aufteilung in menschliches und nicht-menschliches Vermögen, zurückzugreifen, da ein Marktpreis oder eine Ertragsrate wie für die übrigen nicht-geldlichen Aktiva hierfür nicht bestimmbar ist. Der Ertrag, der dem Gelde zuzurechnen ist, ergibt sich in Anlehnung an die kassenhaltungstheoretische Variante der Quantitätstheorie (Marshall und Pigou) aus der Erhöhung von Sicherheit und Bequemlichkeit sowie der Einsparung von Informationskosten. Die Höhe der gewünschten Kassenhaltung ist weitgehend durch die reale Kaufkraft einer nominalen Geldeinheit bestimmt, also unmittelbar durch das Preisniveau determiniert.

Das in einem bestimmten Zeitpunkt realisierte Optimum der Anlagestruktur, das Portfolio-Gleichgewicht, werde nun beispielsweise durch eine nominale Geldmengenänderung, etwa eine Vermehrung der Geldmenge, gestört. Da die Wirtschaftssubjekte in diesem Falle eine größere Realkasse halten als beabsichtigt, kommt es zu Anpassungsreaktionen. Die Überschußkasse wird für den Erwerb von finanziellen Aktiva sowie von Gütern und für die Tilgung von Schulden verwendet.

Grundsätzlich entscheidet die Flexibilität des Produktionsapparates darüber, bei welchen Änderungen des Realeinkommens und des Preisniveaus das neue Gleichgewicht der Vermögensstruktur erreicht wird. Bleibt beispielsweise das Angebot auf den Güter- und Finanzmärkten unverändert, führt die zusätzliche Nachfrage allein zu einer Erhöhung des Preisniveaus. Das Portfolio-Gleichgewicht ist in diesem Falle wiederhergestellt, wenn die Realkasse auf ihr vor der Erhöhung der nominalen Geldmenge erreichtetes Niveau zurückgegangen ist.

Die Theorie der relativen Preise erhebt im Zusammenhang mit der Behauptung von der grundsätz-

lichen Stabilität des privaten Sektors die Geldmenge zu der strategischen Variablen für die Erreichung bzw. Erhaltung eines unveränderten Preisniveaus. Da die Funktion der Geldnachfrage nach Ansicht der Monetaristen ziemlich stabil ist, zumindest kurzfristig keinen starken Änderungen unterliegt, reduziert sich Stabilitätspolitik auf die Steuerung des Geldangebots.

Friedman-Plan

Um der Notenbank die folglich notwendige Kontrolle über die Komponenten der Geldversorgung zu verschaffen, sieht der Friedman-Plan⁶⁾ vor,

- von fixen zu flexiblen Wechselkursen überzugehen (ein Postulat, das inzwischen, wenn auch aus anderen Gründen, weitgehend erfüllt ist),
- eine 100%ige Mindestreserve auf die Einlagen der Geschäftsbanken einzuführen, um eine Kredit-schöpfung im Bankensystem unmöglich zu machen,
- daß die Zentralbank keine Offen-Markt-Politik mehr betreibt und
- daß der Staat seine Fiskalpolitik nicht mehr antizyklisch ausrichtet.

Die Konsequenzen der weitreichenden institutionellen Änderungen gaben dem Friedman-Plan kaum Realisierungschancen. Sie förderten vielmehr die Verbreitung des Geldbasiskonzeptes, das insbesondere von Brunner und Meltzer entwickelt und vorgetragen wurde⁷⁾. Hierbei stand das Bemühen im Vordergrund, die „neoquantitätstheoretischen“ Erkenntnisse innerhalb des gegebenen institutionellen Rahmens „verwertbar“ zu machen.

Kontrolle der Geldbasis

Dem Postulat einer stabilitäts- bzw. stabilisierungskonformen Ausweitung der Geldmenge kann im herrschenden Bankensystem aufgrund der Tatsache Rechnung getragen werden, daß die Geldmenge ein Vielfaches der Geldbasis ist. Diese Größe, die – von der Verwendungsseite her gesehen – die Gesamtheit der Bankreserven (Mindestreserven, Überschußreserve und Kassenbestand) und den Bargeldumlauf des privaten Nichtbankensektors umfaßt, ergibt, multipliziert mit dem Geldangebotsmultiplikator, die Geldmenge. Die multiplikative Größe, die vom Verhalten des privaten Nichtbankensektors (Aufteilung der Geldmenge in Bargeld und Bankeinlagen einerseits und der Bankeinlagen auf Sicht-, Termin- und Spareinlagen andererseits) und des Bankensystems (Verhältnis der Bankreserven zu den mindestreserve-

⁶⁾ M. Friedman: A Program for Monetary Stability, New York 1960.

⁷⁾ Vgl. K. Brunner und A. Meltzer: Liquidity traps for money, bank, credit, and interest rates, in: Journal of Political Economy, Vol. 76 (1968), S. 1–37.

pflichtigen Einlagen) bestimmt und mithin dem Steuerungsbereich der Notenbank entzogen ist, wird für hinreichend stabil gehalten. Die Entwicklung der Geldmenge kann daher über eine Kontrolle der Geldbasis gesteuert werden.

Die monetaristische Position hat in den vergangenen Jahren rasch einen breiten Raum in der geldtheoretischen und -politischen Diskussion erobert. Dies war nicht zuletzt auf die umfangreiche, zum Teil niederschmetternde Kritik an der praktizierten Geldpolitik zurückzuführen. So hätten die Zentralbanken verschiedentlich in dem Glauben, eine kontraktive Politik zu betreiben, faktisch expansiv gewirkt (und umgekehrt). In diesen Fällen aber hätten sie statt, wie beabsichtigt, das Preisniveau zu stabilisieren, den inflationären Prozeß eher „genährt“.

Diese Behauptungen provozierten eine intensive kritische Auseinandersetzung mit der Neoquantitätstheorie. So wird an der Theorie der relativen Preise, die die Grundlage für den Transmissionsprozeß von Geldmengenänderungen bildet, in Zweifel gezogen, ob das Ausgabeverhalten der Konsumenten an Ertragsraten orientiert ist bzw. orientiert sein kann, zumal für nur wenige Verbrauchsgüter eine Ertragsrate zu ermitteln ist. Auch die Hypothese, daß das Vermögen der Haushalte eine wichtige Determinante des Konsums darstellt, wird bestritten.

Umfangreiche Untersuchungen lösten insbesondere die aus der Empirie gewonnenen bzw. empirisch gesicherten Bestandteile der monetaristischen Position aus. Von zentraler Bedeutung ist hier die Behauptung von der durch das Geldangebot determinierten Geldmengenentwicklung als Ursache der Veränderung von Real- und/oder Nominaleinkommen. Diese Hypothese setzt voraus, daß die Nachfrage nach Geld relativ stabil ist. Für das Konzept der „Monetary Base“ wäre diese Bedingung erfüllt, wenn der Geldangebotsmultiplikator die behauptete hinreichende Stabilität aufweist. Ein Konsens über die Erfüllung dieser Voraussetzung etwa in der BR Deutschland liegt jedoch nicht vor.

Verselbständigte Ansprüche

Die keynesianisch wie auch die quantitätstheoretisch orientierten Ansätze zur Erklärung des Inflationsphänomens gehen davon aus, daß Preissteigerungen erst dann eintreten, wenn die nominale Nachfrage sich stärker erhöht als das gesamtwirtschaftliche Angebot aufgrund einer hohen Auslastung der Ressourcen ausgeweitet werden kann. Die Erfahrung aber hat verschiedentlich gezeigt, daß eine Erhöhung der nominalen Nachfrage selbst in Phasen der Unterbeschäftigung zu Preissteigerungen führte⁸⁾.

Derartige Erfahrungen standen eindeutig im Widerspruch zu den bisher genannten inflationstheoretischen Ansätzen. Dies gilt auch unter Berücksichtigung der Tatsache, daß kein Konsens über den Verlauf der gesamtwirtschaftlichen Angebotskurve besteht und mithin unterschiedliche Meinungen über den Punkt bzw. Bereich existieren, in dem eine Zunahme der monetären Nachfrage zu Preissteigerungen führt. Dieser Widerspruch war der Ausgangspunkt für eine Reihe von – primär mikrotheoretisch orientierten – Erklärungsansätzen, die unter dem Terminus der Anbieterinflation zusammengefaßt sind. Er umgreift sowohl die „profit“- als auch die verschiedenen Arten von „cost-push“-Hypothesen.

All diesen Hypothesen ist die wohl recht realitätsnahe Annahme gemeinsam, daß das Verhalten der Anbieter sowohl von Gütern als auch von Faktorleistungen nur unvollkommen den Gesetzen des Marktmechanismus unterliegt. Einigkeit besteht jedoch nur in der Ablehnung der beiden bisher dargestellten Ansätze. Über die Verhaltensweisen, die hinter dem Angebot von Leistungen stehen, herrscht eine Fülle unterschiedlicher Annahmen. Diese reichen von divergierenden Hypothesen in bezug auf die Unternehmensziele (in denen Gewinnmaximierung allenfalls noch ein Teilziel darstellt) über verschiedene Methoden der Kalkulation, deren sich die Unternehmen bei der Fixierung ihres Angebotspreises bedienen, bis hin zu Behauptungen über ein mehr oder weniger machtdeterminiertes Angebots- und Preisverhalten der Sozialpartner.

Erhöhte Macht der Sozialpartner

Ein Gewinnstoß wird im allgemeinen mehr als theoretisch mögliche denn als empirisch relevante Ursache des inflationären Prozesses angesehen. Zwar gleicht die Preissetzung bei oligopolistischen und monopolistischen Unternehmen teilweise einer – die Marktmacht demonstrierenden – Administration der Preise. Dennoch wird dem „profit-push“ – außer in der marxistischen Interpretation der Inflation – in der Regel keine autonome Ursächlichkeit für Preissteigerungen beigemessen. Eine ständige Erhöhung der Preise zwecks anhaltender Verbesserung der realen Einkommenslage der Unternehmer bei konstanten Kosten ist jedenfalls kaum zu beobachten.

Dagegen wird der „profit-push“- in Wechselbeziehung mit der „cost-push“-Hypothese erhebliche empirische Relevanz beigemessen. Der Gewinn wird von den Unternehmen nicht als ein Residual-einkommen, sondern als ein durchaus gestaltba-

⁸⁾ Vgl. z. B. H.-J. Schmahl: Erstmals Stagflation in der Bundesrepublik Deutschland, in: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, 17. Jg. (1972), S. 127–146. Ähnliche Erfahrungen wurden schon vorher in Großbritannien und in den USA gesammelt.

res Einkommen betrachtet, in dem der Preis kalkuliert und festgesetzt wird. Der Preis eines Produktes ist also weniger nachfrage- als vielmehr kostendeterminiert. Die Hypothesen über die Art der verwendeten Kalkulationsmethoden sind vielfältig. Eine Fixierung der Angebotspreise sei den Unternehmen auch nicht zuletzt deshalb möglich, weil der Preis nicht der einzige, häufig nicht einmal der entscheidende Absatzparameter ist.

Die wichtigste Kostengröße, die den inflationären Prozeß auslöst und alimentiert, sind nach weit verbreiteter Meinung die Löhne. Sie wurden sogar häufig als das einzige „cost-push“-Element angesehen, wie insbesondere auch in dem Terminus der Lohn-Preis-Lohn-Spirale zum Ausdruck kommt. Die Verengung der „cost-push“- auf eine „wage-push“-Hypothese ist neben der Tatsache, daß die Lohn- und Gehaltssumme den größten Teil der Produktionskosten ausmacht, vor allem auf Veränderungen im Lohnverhalten zurückzuführen. Die wachsende Macht der Gewerkschaften vermochte im allgemeinen nicht nur einen Rückgang der Reallöhne, geschweige denn der Nominallohne zu verhindern, sondern hat vielfach auch eine abnehmende Reagibilität der Entwicklung des Faktorpreises „Arbeitslohn“ auf die Konjunktur- bzw. Beschäftigungsentwicklung bewirkt.

„Autonome“ Lohnsteigerungen sind als mögliche Ursache der Inflation allgemein anerkannt. In der konkreten Situation freilich ist gewöhnlich kaum zu entscheiden, ob Lohnsteigerungen aktiv und mithin auslösend oder lediglich reaktiv sind. Stark diskutiert werden hingegen die Wirkungen, die von kompensatorischen, also lediglich die Teuerung ausgleichenden Lohnerhöhungen auf die Preisentwicklung ausgehen. Derartige, den Reallohn sichernde Abmachungen sind in einer Reihe westlicher Industrieländer in der Form einer Kopplung der Lohnentwicklung an einen Preisindex, meist der Verbraucherpreise, institutionalisiert.

Kompensatorische Lohnerhöhungen können einen inflationären Prozeß nicht auslösen. Es ist jedoch

von den gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen abhängig, ob sie einem bereits laufenden inflationären Prozeß zusätzliche Impulse geben oder nicht. Von besonderer Bedeutung ist hier die Konstruktion des Preisindex, der als Orientierung für die Sicherung der Reallöhne dient. In Analogie zur kostenniveauneutralen Lohnpolitik sind die Prämissen für die Neutralität kompensatorischer Lohnerhöhungen in bezug auf die Inflation leicht abzuleiten. Demnach wäre der maßgebliche Preisindex zu modifizieren um

- den strukturell bedingten Lohnsummeneffekt,
- Veränderungen der Terms of Trade und der Variation von Ex- und Importabgaben wie namentlich von Zollsätzen,
- Veränderungen der Kosten des Kapitalbestandes.

Auch Preissteigerungen, die aus einer Erhöhung von Kostensteuern resultieren, sind zu berücksichtigen. Ohne derartige Modifikationen können auch Lohnerhöhungen, die aus kompensatorischen Gründen erfolgen, den inflationären Prozeß verstärken.

Für eine therapeutische Behandlung der Anbieterinflation fehlt es zumindest bisher an wirksamen Instrumenten. Während etwa eine Verteuerung importierter Vorleistungen, wie kürzlich insbesondere bei Ölprodukten, ohnehin nicht durch wirtschaftspolitische Maßnahmen zu verhindern ist, sind auch die Möglichkeiten begrenzt, die Sozialpartner zu einem stabilitätspolitischen Wohlverhalten zu „zwingen“. Wenn das Inflationsphänomen auch kaum monokausal zu erklären ist, das wirtschaftspolitische Bemühen mithin auch nicht an einem inflationstheoretischen Erklärungsansatz allein orientiert sein sollte, könnte sich doch das Fehlen einer nachhaltig wirksamen Einkommenspolitik – Lohn- und Preiskontrollen gehören nach den Erfahrungen in verschiedenen Ländern nicht hierzu – künftig verstärkt als offene Flanke der Stabilitätspolitik erweisen.

HERAUSGEBER: HWWA – Institut für Wirtschaftsforschung – Hamburg (Prof. Dr. Heinz-Dietrich Ortleib, Dr. Dietrich Keschull, Prof. Dr. Hans-Jürgen Schmahl)

REDAKTION:

Dr. Otto G. Mayer (Chefredakteur), Dipl.-Vw. Klaus Kwasniewski, Dipl.-Vw. Hubert Höpfling (Stellvertreter), Dipl.-Vw. Claus Hamann, Dipl.-Vw. Albrecht Iwersen, Helga Lange, Sabine Schwarz, Dipl.-Vw. Klauspeter Zanzig

Anschrift der Redaktion: 2 Hamburg 36, Neuer Jungfernstieg 21, Tel.: (0 40) 35 62 306/307

HERSTELLUNG UND VERTRIEB:

Verlag Weltarchiv GmbH, Hamburg

Anzelgen: Generalvertretung Dr. Hans Klemen

Anzeigenpreisliste: Nr. 12 vom 1. 1. 1971

Bezugspreise: Einzelheft: DM 6,50, Jahresabonnement: DM 72,- (Studenten: DM 30,-)

Erscheinungsweise: monatlich

Druck: Otto Schwitzke, Hamburg

Anschrift des Verlages: 2 Hamburg 36, Neuer Jungfernstieg 21, Tel.: (0 40) 35 62 500

Ohne ausdrückliche Genehmigung des Verlages ist es nicht gestattet, die Zeitschrift oder Teile daraus auf photomechanischem Wege (Photokopie, Mikrokopie) oder auf andere Art zu vervielfältigen. Copyright bei Verlag Weltarchiv GmbH.